

Stand: 07.12.2025 19:46:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/13930

"#FürKlimaschutz - Aufstockung der Mittel für die Investitionsprogramme Forst- und Landwirtschaft"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/13930 vom 23.02.2021
2. Beschluss des Plenums 18/14099 vom 24.02.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 73 vom 24.02.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeyer, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Martin Schöffel, Alfons Brandl, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Petra Högl, Thorsten Schwab, Klaus Steiner und Fraktion (CSU)

#FürKlimaschutz – Aufstockung der Mittel für die Investitionsprogramme Forst- und Landwirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird gebeten, sich weiterhin beim Bund dafür einzusetzen, dass

1. die Mittel der Investitionsprogramme Landwirtschaft (und dort insbesondere die Mittel für Maschinen und Geräte der Außenwirtschaft sowie für Wirtschaftsdüngerlager – zumindest für das Jahr 2021) und nachhaltige Waldwirtschaft aufgestockt werden und
2. die Befristung der Zuwendungsbescheide (für Maschinen) angemessen verlängert wird.

Begründung:

Das neue „Investitionsprogramm Landwirtschaft“ ist laut dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) eines der größten Modernisierungsprogramme für die Landwirtschaft in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Damit sollen gezielt landwirtschaftliche Betriebe gefördert werden, die in moderne Technologie investieren wollen, um mehr Klima-, Natur- und Umweltschutz umzusetzen. Investitionszuschüsse können seit dem 11. Januar 2021 beantragt werden. Das Investitionsprogramm wurde durch einen Beschluss des Koalitionsausschusses im Januar 2020 sowie durch dafür im Bundeshaushalt 2021 vorgesehene Mittel möglich.

Hauptziel ist, mit einem Technikschaub die Leistungen der Landwirtschaft

- zur Emissionsminderung,
- zum Erhalt der Artenvielfalt und
- zur Ressourceneffizienz signifikant zu steigern.

Für die Auszahlung dieser Zuschüsse zu Investitionen in besonders umwelt- und klimaschonende Bewirtschaftungsweisen ist die Rentenbank zuständig. Bereits innerhalb kurzer Zeit nach dem Start der Antragstellung am 11. Januar 2021 wurden so viele Zuschussanträge im Online-Portal der Rentenbank gestellt, dass die für das erste Halbjahr 2021 eingeplanten Haushaltsmittel für Maschinen und Geräte der Außenwirtschaft

sowie für Wirtschaftsdüngerlager bereits ausgeschöpft waren. Die Rentenbank hat die Antragstellung nun bis voraussichtlich Anfang März 2021 ausgesetzt.

Es ist daher dringend notwendig, dass zumindest diese Mittel für das erste Halbjahr aufgestockt werden. Ansonsten dürfte von der Ankündigung als größtes Modernisierungsprogramm für die Landwirtschaft in der Geschichte der Bundesrepublik nicht viel übrig bleiben.

In der ersten Antragsrunde werden alle Zuwendungsbescheide für Maschinen bis 31. Oktober 2021 befristet. Bis dahin müssen entsprechende Rechnungen bzw. Zahlungsbelege von den Antragstellern im Förderportal hochgeladen sein. Das setzt voraus, dass die geförderten Maschinen bis zum 31.10.2021 geliefert und bezahlt werden. Sofern dieser Termin (z. B. wegen Lieferfristen) nicht eingehalten werden kann, besteht kein Anspruch mehr auf Förderung. Diese Frist erscheint realitätsfern, da schon bevor die Förderung eintrat die Lieferzeiten teils über 6 Monate betrugen. Dementsprechend dürften Antragsteller aufgrund der von ihnen nicht beeinflussbaren Frist ihren Förderanspruch verlieren. Dies kann jedoch nicht Ziel des Förderprogramms sein, sodass es einer deutlichen Verlängerung dieser Frist bedarf.

Ferner wurde das Programm „Investitionszuschüsse zu Digitalisierung und Technik für die nachhaltige Waldwirtschaft“ mit einem Volumen in Höhe von 50 Mio. Euro beschlossen, wobei bereits durch die innerhalb der ersten zweieinhalb Wochen gestellten Anträge die eingeplanten Haushaltsmittel ausgeschöpft waren, sodass das BMEL verfügt hatte, die Antragstellung bis auf weiteres auszusetzen. Ursprünglich sollte das Programm bis Ende 2021 laufen. Die Mittel aus diesem Programm stehen bis zum Ende des im Zuwendungsbescheid genannten Bewilligungszeitraums zur Verfügung. Der vollständige Verwendungsnachweis muss bis zu diesem Datum erbracht werden. Die zu berücksichtigenden Nachweise müssen jedoch bis spätestens zum 30.11.2021 im Online-Portal bereitgestellt werden. Ferner können entsprechend den Programmbedingungen nach dem 31.12.2021 keine Auszahlungen mehr erfolgen. Auch hier erscheint die Frist für den Verwendungsnachweis, aufgrund der tatsächlichen Marktbedingungen, nicht ausreichend und muss angemessen verlängert werden.

Eine nachhaltige Waldwirtschaft ist ein wesentlicher Schlüssel zur Bekämpfung des Klimawandels. Daher ist eine Erhöhung des Volumens des Bundesprogramms Investitionszuschüsse zu Digitalisierung und Technik für die nachhaltige Waldwirtschaft unabdingbar.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Martin Schöffel, Alfons Brandl, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Petra Högl, Thorsten Schwab, Klaus Steiner und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/13930

#FürKlimaschutz – Aufstockung der Mittel für die Investitionsprogramme Forst- und Landwirtschaft

Die Staatsregierung wird gebeten, sich weiterhin beim Bund dafür einzusetzen, dass

1. die Mittel der Investitionsprogramme Landwirtschaft (und dort insbesondere die Mittel für Maschinen und Geräte der Außenwirtschaft sowie für Wirtschaftsdüngerlager – zumindest für das Jahr 2021) und nachhaltige Waldwirtschaft aufgestockt werden und
2. die Befristung der Zuwendungsbescheide (für Maschinen) angemessen verlängert wird.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Dr. Leopold Herz

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Schöffel

Abg. Gisela Sengl

Abg. Ralf Stadler

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Ruth Müller

Abg. Christoph Skutella

Abg. Markus Plenk

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)

#FürKlimaschutz - Aufstockung der Mittel für die Investitionsprogramme Forst- und Landwirtschaft (Drs. 18/13930)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Dr. Leopold Herz für die FREI-EN WÄHLER das Wort.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist ganz gut, dass wir auch einmal ein anderes, aber nicht minder wichtiges Thema hier im Hohen Hause besprechen. Es geht um Klimaschutz und um Investitionsmöglichkeiten für die Landwirte. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat schon ein bisschen vollmundig ein Programm angekündigt: "Bauern-Power". Viele kennen es auch unter dem Namen "Bauernmilliarde". Das zeigt, dass hinter dieser ganzen Aktion schwierige Vorgeschichten stehen. Jetzt haben wir auch noch Demonstrationen laufen. Wir hatten auch das Volksbegehren "Rettet die Bienen". All das zusammen hat initiiert, dass wir den Landwirten die Gelegenheit geben müssen, innovative Geräte anzuschaffen und Möglichkeiten zu nutzen, um für Klimaschutz, Artenvielfalt und modernen Umweltschutz etwas zu tun.

In diesem Zusammenhang ist dann dieses Programm entstanden. Es wurde über ein Portal im Internet angeboten. Es wurden viermal 250 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Antragsfrist begann am 10. Januar 2021, und sie war, was kein Wunder ist, sehr schnell beendet. Die Frist geht zwar noch bis zum März 2021, aber es wurden bereits so viele Anträge gestellt, dass schon jetzt das Volumen ausgeschöpft ist. Vor diesem Hintergrund legen wir unseren Antrag vor. Ich glaube, im Moment ist kein Ver-

treter des zuständigen Ministeriums anwesend, aber ich denke, es sind genügend Leute da, die das weitergeben werden. Ich möchte nämlich dem Staatsministerium zunächst einmal danken, dass von Bayern auch Impulse kamen, dieses Programm ins Leben zu rufen. Ich glaube, es ist ein wichtiges Programm. Es ist aber noch nicht alles damit getan, wir müssen es weiterhin mit Leben erfüllen. Wir fordern deshalb nachdrücklich, dass wir das Programm aufstocken. Wir haben nämlich noch weitere Landwirte, die sehnlichst darauf warten, Anträge stellen zu können.

Hinzu kommt ein weiteres Problem, nämlich dass jetzt viele Maschinen knapp geworden sind. Viele Belieferer teilen uns mit, dass die Lieferfrist mindestens sechs Monate beträgt. Das Programm soll bis zum 31.10. dieses Jahres abgeschlossen sein, und das betrifft die Lieferung und die Rechnungsbelege. Vor diesem Hintergrund ist die Inanspruchnahme des Programms also gar nicht möglich. Wir fordern deshalb zusätzlich zur Aufstockung auch eine Verlängerung des Programms, damit noch mehr Landwirte die Vergünstigungen in Anspruch nehmen und sich von diesem Programm unterstützen lassen können.

Das ist die eine Seite, die die Landwirtschaft betrifft. Wir haben aber noch eine andere wichtige Seite, und das ist die nachhaltige Forstwirtschaft. Für die Forstwirtschaft ist in diesem Programm auch etwas enthalten, und zwar 50 Millionen Euro. Aber, kein Wunder, in diesen bewegten Zeiten der Forstwirtschaft ist dieses Programm für nachhaltige Innovationen und sinnvolle Maschineneinsätze sehr schnell ausgeschöpft gewesen. Das Programm läuft bis zum 30.11. dieses Jahres und soll am 31.12.2021 abgeschlossen sein. Wir fordern hier ebenfalls sowohl eine Nachfinanzierung als auch eine Fristverlängerung. So viel zu diesem Programm.

Nun hätte ich noch eine Bitte und eine Aufforderung an das zuständige Ministerium in Bayern. Das hängt mit diesem Programm zusammen. Im letzten Jahr hatten wir eine Petition zum Thema Ausbringtechnik bei der Gülle, die sehr aufhorchen ließ. Die Kollegen des Landwirtschaftsausschusses werden sich daran erinnern. 13.000 Unterstützer haben diese Petition unterschrieben. Ich habe mich damals gefreut, dass eigentlich

alle Fraktionen ihr zugestimmt haben. Ich glaube, die SPD wollte sogar noch ein weitergehendes Votum. Wir haben damals mit der zweithöchsten Zustimmungsmöglichkeit gestimmt. Dieses Votum ist dann leider vom Ministerium nicht so interpretiert worden, wie es die Mehrzahl der Kollegen im Ausschuss erwartet hätte.

Wir sind hier in intensiven Gesprächen. Ich hoffe doch sehr, dass vor allem die Berufskollegen, die jetzt in die Technik von Schleppschlauch- und Schleppschuhverfahren investieren wollten, zum einen die Möglichkeit bekommen, in einem fortgeführten Programm den Zuschuss noch zu erhalten. Zum anderen haben sich viele Kollegen nicht nur bei mir gemeldet und gefragt, wie es mit diesem Programm aussieht; sie bräuchten ein Stück weit Planungssicherheit. Sie hängen jetzt etwas in der Schwebe.

Wir werden im Ausschuss demnächst einen Bericht der Forschungsinstitute erhalten. Dann bekommen wir mehr Klarheit, wie es im Zusammenhang mit den Emissionen bei der Gülleausbringung weitergeht. Die Forderung insgesamt ist, dass wir hier rasch eine Linie finden sollten, die den Landwirten im Rahmen des Investitionsprogrammes zeigt, ob sie investieren können oder ob sie sich in Richtung einer anderen Lücke orientieren müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Herz.
– Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Martin Schöffel.

Martin Schöffel (CSU): Lieber Kollege Leo Herz, ich will nur, damit die Bauern Planungssicherheit haben, noch einmal deutlich sagen: Bei der Petition haben wir Würdigung beschlossen. Ich bitte darum, sehr deutlich zwischen Würdigung und Berücksichtigung zu unterscheiden. Bei Würdigung muss das Haus noch einmal prüfen, welche Möglichkeiten der Umsetzung im Rahmen bestehender Gesetze und Verordnungen bestehen, zum Beispiel im Rahmen der Düngeverordnung, die auch vorgibt, in der Zukunft bodennahe Gülleausbringung durchzuführen.

Wir setzen uns mit diesem Antrag für ein Programm ein, bei dem moderne Gülletechnik auch angeschafft werden soll und gefördert werden kann. Darum ist es nicht ganz in Ordnung, die Bauern in eine falsche Richtung zu lenken. Vielmehr bestehen hier gesetzliche Vorgaben, und wer diese umsetzen will, der sollte die entsprechende Technik anschaffen und dieses Programm in Anspruch nehmen. Wir setzen uns für die Nutzung dieser Möglichkeiten ein. Man sollte den Bauern klar sagen, was auf sie zukommt und dass dieses Programm eine Chance ist.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Herz, Sie haben das Wort.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Vielen Dank, Martin Schöffel. Um das Missverständnis auszuräumen: Ich habe ganz klar gesagt, dass es die zweithöchste Zustimmung, die Würdigung, war. Mit einer Würdigung haben wir keinen juristischen Anspruch, aber es kann gefordert werden, dass der Sachverhalt vom Ministerium nochmals sehr ernsthaft geprüft wird. Das wollte ich zum Ausdruck bringen. Damit ist dieser vielleicht entstandene Dissens ausgeräumt.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Herz.
– Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Gisela Sengl das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Leo, ich glaube, jetzt hast du deine Kollegen verwirrt. Mich hast du auch verwirrt, weil sich mit Schleppschuh und Schlitztechnik jetzt viele nicht ausgekannt haben. Außerdem habe ich gedacht, du sitzt mit in der Regierung. Das hat mich jetzt ein bisschen verwirrt.

(Heiterkeit)

Nichtsdestoweniger geht es heute um den Dringlichkeitsantrag. – Es wäre schön, wenn du zuhören würdest. – Ja, wir sind auch für den Klimaschutz. Wir müssen alles dafür tun, dass wir die Pariser Klimaziele einhalten. Ja, wir sind auch für die Verminderung der Emissionen bei der Gülleausbringung, bei der Güllelagerung usw. Am ein-

fachsten wäre es, einfach gar keinen Mineraldünger mehr zu verwenden oder den Einsatz der Gülle deutlich zu reduzieren. Dafür bräuchte man keine neuen Maschinen.

Wie auch immer: Wir sind natürlich auch für die Förderung der Technik zur mechanischen Unkrautbekämpfung, um den Einsatz von Pestiziden endlich deutlich verringern zu können. Ja, wir sind vor allem auch für eine nachhaltige Waldwirtschaft. Schließlich sind auch unsere Wälder die Lunge Europas. Wir haben heute im Waldzustandsbericht gehört – ich glaube, die Ministerin Klöckner selbst war wirklich sehr bewegt –, dass die Wälder in einem so schlechten Zustand sind. Ich glaube, sie hat auch nicht gedacht, dass unsere Wälder in einem dramatisch schlechten Zustand sind.

Ja, wir sind für die Förderung von Digitalisierung in der Landwirtschaft. Aber dafür brauchen wir erst einmal eine flächendeckende Infrastruktur. Da ist Bayern noch ein bisschen Entwicklungsland.

(Lachen – Zuruf: Sehr gut!)

– Das war ein guter Witz. Ich finde es ja schön, wenn ihr über eure eigene Politik lachen könnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei dieser ganzen Maschinen- und Technikverliebtheit dürfen wir nicht vergessen, vor allem in Köpfe zu investieren. Das erleben wir bei vielen Problemen, und das wäre eigentlich viel wichtiger. Die Ökologisierung in der Landwirtschaft ist kein einfaches Vorhaben. Da langt es nicht, einfach nur neue Maschinen zu verwenden. Technik und Maschinen sind Hilfsmittel, aber diese werden bei Weitem nicht ausreichen.

Das ist ein gewisses Problem: Wir sind gegen die Aufstockung der Förderung. Wenn wir immer mehr in die Förderung einsteigen, wie es der Antrag verlangt, besteht die Gefahr, dass der Strukturwandel in der Landwirtschaft noch mehr zunimmt. Wer kann sich denn diese Technik leisten? – Die Landwirte bekommen 40 % Zuschuss; aber 60 % müssen sie selber bezahlen. Wie viel Geld diese Maschinen und diese Technik

kosten, wissen alle. Für einen kleinen Betrieb kann so eine große Investition betriebswirtschaftlich manchmal gar nicht mehr darstellbar sein. Damit bleiben diese Betriebe außen vor, oder die Verschuldung steigt immens. Das Problem der Verschuldung haben wir schon länger in der Landwirtschaft.

Angeblich will ja die Bayerische Staatsregierung das alles nicht. In allen Reden wird immer der Erhalt der kleinen bäuerlichen Landwirtschaft beschworen. Bei diesem Programm kann ich für dieses Ziel keinen Effekt entdecken. Deshalb scheint mir die Forderung nach Aufstockung der Mittel eher ein Wirtschaftsförderprogramm für den Landmaschinenhandel zu sein.

Dennoch stehen wir zu dieser Investitionsförderung. Wir sehen ebenfalls das Problem der kurzen Antragsfristen. Aber wir betrachten den Antrag eigentlich als für teilweise erledigt. Ich habe das Gefühl, die Kommunikation zwischen den FREIEN WÄHLERN und der CSU ist da manchmal schwierig. Kollege Schöffel hat schon im Februar im Agrarausschuss gesagt, dass der Termin 31.10.2021 für die Antragsfrist eigentlich vom Tisch ist. Das Bundesministerium weiß ebenfalls, dass es hier Probleme gab und die Frist dringend verlängert werden muss. Also vielleicht könnt ihr mal eher miteinander reden. Für die Beantragung der Mittel des Waldumbaus muss natürlich das Gleiche geleistet werden. Da brauchen wir ebenfalls eine Verlängerung der Antragsfrist.

Wir werden uns bei dem Antrag der Stimme enthalten. Die Zielsetzung im Hinblick auf den Wald ist richtig. Die Aufstockung ist falsch. Die Fristverlängerung für die Investitionsprogramme läuft schon. Ich weiß eigentlich gar nicht, warum ihr den Antrag gestellt habt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Sengl, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung, und zwar vom Herrn Abgeordneten Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrte Frau Sengl, Sie haben zuvor geäußert, Sie würden am liebsten die Gülle gar nicht mehr ausbringen. Jetzt haben Sie mich spitz gemacht. Was würden Sie am liebsten mit der Gülle machen? Möchten Sie sie als sonst etwas vermarkten? – Da bin ich jetzt schon wirklich gespannt.

Gisela Sengl (GRÜNE): Auf so eine unsinnige Frage gebe ich keine Antwort.

(Beifall)

Ralf Stadler (AfD): Sie haben das doch selber gesagt!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sengl. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Prof. Ingo Hahn, der Vorsitzende der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Herz, Sie haben uns hier einen Dringlichkeitsantrag präsentiert, der mit "#FürKlimaschutz" anfängt. Ich möchte mal bemerken: Das ist sowohl im Sinne der Rechtschreibung falsch als auch falsch im Hinblick auf den Inhalt, den Sie da beschreiben. Es ist aber nicht alles falsch und schlecht, was in diesem Antrag steht. Ich möchte das zu Beginn auch sagen.

Es geht darum, unsere Bauern zu finanzieren. Unsere Bauern haben eine sehr schlechte Ausgangslage, gerade in Europa, in der Europäischen Union. Sie wollen sie hier sozusagen finanzieren. Das spricht für Sie, dass Sie sie nicht hängen lassen wollen; denn es werden ja immer weniger Bauern. Sie wollen dafür Bundesmittel rekrutieren und Bundesmittel weiter abrufen. Damit hat sich ein positiver Aspekt eigentlich schon erledigt. Wir sollten uns die wirklichen, wichtigen Intentionen für unsere Bauern ins Gedächtnis rufen. Es geht hier nämlich um Lebensmittel- und Tiermittelproduktion. Ja, diese Lebensmittel und Tiermittel müssen mit moderner Technik erwirtschaftet werden. Deshalb verwundert es mich sehr, Frau Kollegin Sengl, dass Sie überhaupt keine

Technik modernisieren wollen. Aber das wundert mich bei den GRÜNEN überhaupt nicht. Ich weiß nicht, ob Sie landwirtschaftlich ins Mittelalter zurückwollen.

Mich verstört, dass die kleinen Bauern, die Kleininvestoren sozusagen, gar nicht die Möglichkeit haben, hier zu investieren. Sie müssen das nämlich vorstrecken und bekommen erst hinterher das Geld zurück. Das können sich viele Kleine nicht leisten. Insofern gehen gerade die Kleinen, die nicht liquide sind, trotzdem kaputt.

Ganz klar ist – das ist wieder zeitgeistig –, dass Sie das alles in den Klimakontext stellen. Nichts geht mehr ohne Klima, obwohl dieser Antrag eigentlich gar nichts mit Klima zu tun hat. Sie spielen wieder Klima gegen Umweltschutz aus. Nicht alles, was Umweltschutz oder Artenschutz ist, hat was mit Klima zu tun. Sie können per se das Klima anthropogen nicht schützen. Das haben wir gerade gesehen, als wir Rekordminustemperaturen hatten. Wenn Sie die Temperaturen noch weiter senken wollen, dann wird es irgendwann richtig kalt. Vielleicht kommen wir dann wieder in eine Eiszeit.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, Sie sprechen hier, lieber Herr Dr. Herz, von der "Bauernmilliarde". Ich würde vielleicht eher von einem Bauernopfer sprechen, gerade weil Sie dieser "grünen Transformation" hinterherlaufen und sich das als ehemals konservative Partei zu eigen machen. Das Grundproblem ist: Die Europäische Union schafft es nicht, unsere Bauern zu schützen. Das heißt, wir müssten eigentlich – das ist eine Forderung, die auch viele Bauern aufstellen – 80 % dessen, was wir hier konsumieren, auch hier im Land produzieren, also vor Ort kurze Wege. Da fällt mir noch ein Kommentar von Frau Sengl, ein Zitat, ein. Sie hat nämlich gesagt: Lieber biologischen Weizen aus Italien als konventionelles Getreide aus dem Nachbardorf. – Ich glaube, das ist mit das Schlimmste, was wir uns in Bayern vorstellen können –. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Klima- und Umweltschutz sind die Zukunftsaufgaben unserer Zeit. Die Digitalisierung kann hier einen wichtigen Beitrag leisten, beispielsweise bei der passgenauen Ausbringung von Gülle oder Düngemitteln, die sich über Ertragskarten am Nährstoffbedarf der Pflanzen orientieren. Hier können mittels Digitalisierung Nährstoffe und deren Auswaschung ins Grundwasser reduziert werden, ohne erhebliche Ertragsverluste zu riskieren.

Die Mittel für Maschinen und Geräte in der Außenwirtschaft im "Investitionsprogramm Landwirtschaft" waren bereits am ersten Abend erschöpft. Nach Angaben des Ministeriums haben 3.654 Landwirte Anträge zur Maschinenförderung gestellt und 521 im Bereich "Lagerstättenerweiterung in Wirtschaftsdüngerlagern". Das zeigt den großen Nachholbedarf an Investitionen in der Landwirtschaft und die Notwendigkeit von klugen Förderinstrumenten, die wir als Bayern-SPD-Landtagsfraktion schon lange einfordern. Ich erinnere hier an unsere Anträge der letzten fünf Jahre, in denen wir konkrete Maßnahmen gefordert haben, die in anderen Bundesländern schon lange umgesetzt sind: am 25.11.2020 im Landwirtschaftsausschuss mit unserem Antrag auf Drucksache 18/11027 "Förderung der Emissionsminderung der Lagerung und Ausbringung von organischen Düngemitteln einführen", am 06.12.2018, im Jahr 2017 und im Jahr 2015. Diese Anträge wurden immer mit der Begründung abgelehnt, dass dies nur dazu diene, die Bauindustrie zu fördern. Noch am 25.11.2020 wurde in der Sitzung des Landwirtschaftsausschusses das großartige Bundesprogramm gelobt und auf das Verhandlungsgeschick von Ministerpräsident Dr. Markus Söder verwiesen. Bayern werde sich erst dann Gedanken machen, wenn das Bundesprogramm ausgeschöpft sei. – Das ist jetzt aber ziemlich schnell gegangen. Das Einzige, was der CSU und den FREIEN WÄHLERN einfällt, nachdem sie sich Gedanken gemacht haben, ist, mehr Geld vom Bund zu fordern. Gleichzeitig gibt es nur einen einzigen Haushaltsantrag

von der CSU und den FREIEN WÄHLERN zu diesem Thema mit der Drucksache 18/13736 zur Förderung der mechanischen Unkrautbekämpfung mit einem Volumen von 300.000 Euro.

Klimaschutz ist mehr als ein #. Er bedeutet konkretes Handeln auch in Bayern, nicht nur klägliche Hilferufe an die Bundesregierung, um vor der eigenen Lobby besser dazustehen, einen Umbau der GAP mit mehr Mitteln in der zweiten Säule, um Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen besser zu fördern, Investitionen in zusätzliche abgedeckte Güllelager, wie wir es schon seit Langem fordern, oder einen Waldumbau, der mit ausreichend Förster- und Beraterstellen umgesetzt werden kann. Wenn es der CSU und den FREIEN WÄHLERN damit ernst ist, stellen Sie dafür im Haushalt eigene Mittel zur Verfügung oder stimmen Sie einfach mal unseren Anträgen zu. #SPD hatte recht.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Nächster Redner ist Herr Kollege Christoph Skutella für die FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ein Fördertopf des Bundes für moderne Gülleausbringtechnik bereitgestellt wird und am ersten Tag der Antragstellung schon überzeichnet ist und wenn das Antragssystem kollabiert, dann weiß man ganz genau, wo in der Praxis draußen gerade der Schuh oder in diesem Fall der Schleppschuhverteiler auf den Geldbeutel drückt. Dass das überhaupt notwendig ist, verdanken wir der Verschärfung der Düngeverordnung.

Tatsache ist: Landwirtschaftliche Betriebe, die umwelt- und klimaschonend wirtschaften wollen, müssen in moderne Technik investieren. Das ist mit enormen Kosten verbunden. Aus diesem Grund haben auch wir als FDP-Fraktion einen Antrag zu diesem Thema eingebracht, und zwar genau da, wo er hingehört. Kollegin Müller hat es auch schon angesprochen. Wir haben ihn in die aktuellen Haushaltsverhandlungen im

Bayerischen Landtag eingebracht. Sie sehen also: Wir verfolgen dasselbe Ziel, nur auf einem anderen Weg. Mit unserem Haushaltsantrag fordern wir die Bereitstellung von Geldern für innovative Gülleausbringtechnik und Gülleseparierung im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderungen. Wir wollen vorhandene Mittel effizient und zielorientiert einsetzen. Wenn im bayerischen Sonderprogramm Digital Sensoren für verbesserte Nährstoffausbringung gefördert werden, die Betriebe diese Förderung aber nicht abrufen, weil sie zur Nutzung des Sensors eine komplett neue Ausbringtechnik benötigen, dann heißt es für uns erst einmal: Die bayerischen Förderprogramme müssen zum einen besser aufeinander abgestimmt werden; zum anderen müssen wir zukünftig unsere eigenen Förderprogramme zielorientierter gestalten und das fördern, was die Betriebe in der Praxis draußen wirklich brauchen.

(Beifall bei der FDP)

Es hilft halt nichts, wenn wir Sensoren und Technik für die bodennahe Ausbringung fördern, aber das neue Güllefass, das dann auch noch gekauft werden muss und viel mehr kostet, nicht gefördert wird.

Dem Antrag der FREIEN WÄHLER stimmen wir dennoch zu. Aber wir können Finanzierungsverantwortung nicht immer nur auf den Bund schieben. Wir sollten auch mal mit unserem eigenen Haushalt aufräumen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. – Für die CSU-Fraktion hat der Kollege Martin Schöffel das Wort.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich noch etwas zum Antrag sage, ist es notwendig, die vielen Falschmeldungen zu diesem guten Förderprogramm des Bundes richtigzustellen. Ich beginne mit der Antwort auf die Frage, wann dieses beschlossen worden ist: Der Bund hat im Januar 2020 die Düngeverordnung und in diesem Zusammenhang auch die "Bundesmilliarde" be-

schlossen. Wenn die SPD hinterher forderungsgleiche Anträge im Bayerischen Landtag stellt, dann ist das Unsinn, und dann müssen wir das ablehnen. – Kollegin Müller, Sie hätten sich im Koalitionsausschuss in Berlin um dieses Thema kümmern müssen,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

nicht hinterher im Bayerischen Landtag. – Lieber Kollege Skutella, natürlich werden nicht nur Sensoren gefördert, sondern die ganze Ausbringtechnik. Viele haben gesagt, das Programm sei ausgeschöpft. Ich sage Ihnen: Es handelt sich mit über 816 Millionen Euro um ein Milliardenprogramm für diese Technikförderung. Davon sind in der ersten Tranche gut 100 bis 120 Millionen Euro vergeben; rund 700 Millionen Euro sind also noch zu vergeben. Meine Damen und Herren, das will ich all denjenigen sagen, die heute so tun, als seien die Gelder schon ausgeschöpft. Das zeigt auch, dass wir einen sinnvollen Antrag völlig unterschiedlich interpretieren können.

Kollegin Sengl sagt, sie sei dafür, dass überhaupt keine Gülle ausgebracht wird. Dies betraf auch eine Frage des Kollegen Stadler. Dazu sage ich: Wenn jemand wie Kollegin Sengl in einer Woche die Abschaffung von Förderprogrammen, von Direktzahlungen, die Abschaffung der Förderung der Rinderzucht in Bayern sowie das Verbot von Pflanzenschutzmitteln fordert, dann ist jemand grundsätzlich gegen die bayerische Landwirtschaft und will nur noch Produkte aus dem Ausland. Das ist die Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir wollen, dass die Bauern bei diesen großen Herausforderungen, bei der Düngeverordnung und der Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes entsprechend unterstützt werden. Deswegen hat sich unser Ministerpräsident Markus Söder bereits im Januar 2020 auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass eine Milliarde Euro für die deutsche Landwirtschaft zur Verfügung gestellt wird, damit auch dem großen Anpassungsdruck, in neue Techniken zu investieren, nachgekommen werden kann. Das ist moder-

ne Landwirtschaft, Insektenschutz, Gewässerschutz und moderne Technik. So stellen wir uns das in Zukunft vor.

Wir waren auch nicht mit allem einverstanden, was am Ende auf Druck Brüssels und Berlins hin bei der Düngeverordnung akzeptiert werden musste. Aber natürlich bemühen wir uns darum, das praxistauglich umzusetzen. – Herr Brandmaier, natürlich ist das Haus vertreten. Es ist ein wichtiger Punkt, dass wir die Bauern mit diesen Geldern in Höhe von einer Milliarde Euro unterstützen. Das zeigt auch, wie wichtig es ist, dass die CSU in Berlin mitregiert, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es war nur im Koalitionsausschuss und nirgendwo anders möglich, so etwas durchzusetzen. In diesem Zusammenhang unterhalten wir uns über Insektenschutz, die entsprechende Technik, über einen Einsatz von weniger Pflanzenschutzmitteln, über einen präziseren Einsatz, über Hacktechnik usw. Wir wollen an dieser Stelle unseren Ansatz deutlich machen, der im Gegensatz zum Ansatz der Bundesumweltministerin Schulze darin besteht, kooperativ mit der Landwirtschaft für Insektenschutz sorgen. Sie hätte in Bayern Hunderttausende Hektar per Verbot aus der Bewirtschaftung genommen. Wenn man das ganze Insektenpaket von Bundesministerin Schulze hätte umsetzen müssen, dann hätte das viele Bauernhöfe die Existenz gekostet.

Die CSU und die Bayerische Staatsregierung haben in Berlin dafür gesorgt, dass diese Dinge in Bayern nicht kommen müssen und dass unser Kompromiss vom Runden Tisch und dem Volksbegehren hält. Auch da zeigt sich: Wenn sich Ministerpräsident Markus Söder, Michaela Kaniber und wir alle uns in Berlin nicht so eingesetzt hätten, dann hätten wir das nicht erreicht. Es ist gut, dass die CSU in Berlin mitregiert und sich für die Bauern so einsetzt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Da ist Sachverstand und Weitblick gefordert.

Jetzt geht es um dieses Programm. Wir hätten diese Gelder liebend gerne selbst an die Bauern ausgezahlt. Der Bund hat sich vorbehalten, dies selbst zu machen. Da zeigt sich, dass weder Bürgernähe noch Verwaltung Stärken des Bundes sind, um dies einmal vorsichtig zu sagen. Es hat jetzt bei der Abwicklung viele Probleme gegeben. Deswegen – und das ist der Hintergrund dieses Antrags – setzen wir uns dafür ein, dass die Bauern möglichst schnell Klarheit darüber haben, wann sie diese Förderung bekommen können. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die nächste Förderrunde noch im ersten Quartal stattfinden kann und weitere Gelder vorgezogen und deutlich vor 2024 ausgeschüttet werden.

Ich habe gesagt, es stehen für die nächsten vier Jahre noch 700 Millionen Euro von den zugesagten über 800 Millionen Euro zur Verfügung. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Klarheit besteht über die Fristen, bis wann Verwendungsnachweise vorgelegt werden müssen, bis wann die Mittel tatsächlich eingesetzt und die Gelder bezahlt werden müssen, je nach Lieferfrist der Maschinen.

Bayern profitiert von diesem Programm überproportional. Wir haben in der ersten Tranche bei den Maschinen 35 % der Mittel und 40 % bei den Güllegrubenmitteln nach Bayern holen können. Das ist für ein Bundesprogramm, das offen gestaltet war und bei dem es schwierig war, in dieser kurzen Zeit an Gelder heranzukommen, ein starkes Ergebnis. Das ist gut für die bayerischen Bauern. Das zeigt auch, dass dieses Programm gut für die bayerischen Bauern ist und dass es weitblickend war, so ein Programm aufzulegen.

Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass kleine Betriebe profitieren und dass auch 13a-Betriebe Anträge stellen können, obwohl sie keine zwei Buchführungsabschlüsse vorlegen können. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass sie dies auch nicht müssen und trotzdem einen Antrag stellen können, sowie dafür, dass auch Maschinenringe und Lohnunternehmer gefördert werden können. Wir setzen uns auch dafür ein, dass neu gegründete Maschinengemeinschaften gefördert werden können.

Abschließend ein Satz zum Waldprogramm: Dort waren 100 Millionen Euro aufgerufen. Es gab eine Antragsfrist im November des letzten Jahres. Dieses Programm ist geschlossen worden, weil befürchtet wurde, die 100 Millionen Euro wären schon ausgeschöpft. Wir erwarten, dass der Bund jetzt sehr schnell deutlich macht, wer die Förderung bekommt, und die Zusagen verschickt. Das Programm wurde, wie gesagt, im November geschlossen; jetzt werden immer noch Bescheide verschickt, und es besteht Unklarheit. Wir setzen uns dafür ein, dass die Restmittel ausgeschüttet werden und vielleicht auch noch etwas draufgesattelt wird. Gerade unsere Waldbauern haben bei der schwierigen Borkenkäferbekämpfung Unterstützung verdient und brauchen bei der Technik entsprechende Unterstützung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zusammengefasst: Wir setzen uns für die Zukunft unserer bäuerlichen Landwirtschaft ein. Dafür sind moderne Technik und eine entsprechende Förderung notwendig. Dafür setzen wir uns ein. Vieles, was heute gesagt worden ist, stimmt so nicht und geht eigentlich gegen die Interessen unserer Landwirtschaft. Es ist der CSU zu verdanken, dass diese Programme in Berlin aufgelegt worden sind. Wir werden auch Druck machen, dass der Bund diese im Sinne der Bäuerinnen und Bauern umsetzt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Schöffel. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Schöffel, ich stimme Ihnen in sehr vielen Punkten zu, habe aber trotzdem eine Frage. Sie haben das Forstprogramm angesprochen, das innerhalb weniger Tage sozusagen ausgeschöpft war. Das ist natürlich schade für diejenigen, die nicht zum Zuge kommen. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, damit auch der Wettbewerb zwischen den Betrieben nicht verzerrt wird. Wäre es grundsätzlich nicht sinnvoller, die von Ihnen erwähnten 13a-Betriebe oder kleinere Betriebe mit Fördergeldern zu unterstützen? Bei Großbetrieben könnte man das viel einfacher über

das Steuerrecht regeln, beispielsweise über beschleunigte Abschreibungsmöglichkeiten.

Martin Schöffel (CSU): Herr Kollege, wir setzen uns in Berlin dauernd dafür ein, dass gerade kleine Betriebe profitieren. Heute Abend gibt es noch eine Online-Beratung zur GAP. Der Bund hatte die Förderung der 13a-Betriebe zunächst nicht bei der Bundesmilliarde vorgesehen. Wir haben uns darum gekümmert, dass auch diese Betriebe aufgenommen werden können. Bei dem Forstprogramm wurden 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Wir hätten uns natürlich vorstellen können, diese Dinge viel stärker auf die Schadensgebiete, auf die bayerischen Gebiete und auf kleinere Betriebe zu fokussieren. Der Freistaat Bayern war aber in die Gestaltung dieser Förderprogramme nicht im Detail eingebunden. Sie mögen von der Gestaltung her recht haben; am Ende ist aber vor allem entscheidend, dass die bayerischen Betriebe überproportional profitieren und dass auch kleine Betriebe Antrag gestellt haben und auch Antrag stellen können und gefördert werden. Ich glaube, das ist mehr, als wir ursprünglich erwartet haben. Die bayerischen Betriebe bekommen deutlich mehr bei der Bundesmilliarde, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit!

Martin Schöffel (CSU): – als das im Vergleich der Fläche oder vieler anderer Kriterien möglich gewesen wäre. Das ist also ein Vorteil für die bayerische Landwirtschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Schöffel. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/13930 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP sowie der Abgeordnete

Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD.

(Zurufe von der AfD)

– Die AfD korrigiert sich. – Komplette die Fraktion? – Die Fraktion der AfD enthält sich. Das wird so aufgenommen. Der Dringlichkeitsantrag ist damit angenommen.